



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Lösung der socialen Frage innerhalb der Beamtenwelt.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur Lösung der socialen Frage innerhalb der Beamtenwelt.

Seitdem große, in ihren Folgen noch nicht zu übersehende Umwälzungen auf den Gebieten des Wirthschaftslebens sich vollzogen haben, erweitern sich mehr und mehr die Kreise, aus welchen das moderne Proletariat rekrutirt. Jene unergründliche Charybdis, für welche sich das Wort „socialer Frage“ zu rechter Zeit eingestellt hat, um den Begriff, die Bedeutung des klaffenden Abgrundes der menschlichen Verkommtheit und des menschlichen Elends zu verhüllen, der sich darunter verbirgt, jene Charybdis sagen wir, begnügt sich nicht mit den zahlreichen Opfern aus dem Bereiche der körperlichen Arbeit, welche in dem fortwährenden Kampfe „um's Dasein“ müde gehezt werden; ihre Polypenarme strecken sich auch längst nach den Sphären der geistigen Arbeit aus, hier ihres unheilvollen Sieges um so gewisser, als die Widerstandsfähigkeit der Opfer nach physiologischen Gesetzen eine weit geringere ist. Wir wollen mit keinen sentimentalischen Redensarten der Bedrängniß gedenken, unter welcher die „Helden der Feder“ zu allen Zeiten gelitten haben. Unsere Betrachtung gilt heute einer andern Classe von Arbeitern, bei welchen freilich der Begriff des geistigen Schaffens ein wenig *cum grano salis* zu verstehen ist; wir meinen die Kreise des Beamtenthums, namentlich die mittleren und niederen Sphären desselben.

Mag man in den Ansichten über die Ursachen des immer höher anwachsenden Pauperismus in der Beamtenwelt dieser oder jener Doctrin huldigen: die Thatsache der stetigen Steigerung desselben in zum Theil erschreckenden Proportionen ist nicht abzuleugnen. Das Betrüben dieser Situation wird durch die Erkenntniß vermehrt, daß der moderne Staat zwar der Beamten nicht entbehren kann, daß aber ihre Bedeutung im Staate sich wesentlich verringert hat. Es ist dies Moment in der Verbreiterung des allgemeinen Kulturstroms begründet. Die Macht und der Werth der Bürokratie mußten in Zeiten, wo die Intelligenz fast ausschließlich in Beamtenkreisen vertreten war, ungleich mehr sich geltend machen, als es in unserer Epoche möglich ist, deren Signatur das Streben nach Selbstverwaltung im öffentlichen Leben ausmacht. Die größere Ausbreitung der Intelligenz hat naturgemäß zur Folge, daß dem Beamtenthum, dessen Einfluß geschwächt ist, immer seltener bedeutende Kräfte sich zuwenden, und daß es die Domainen unglücklicher Mittelmäßigkeit geworden ist, welche, außer Stande dem Anprall der neuen Zeit zu widerstehen, von den Wogen überfluthet wird und ihr einziges Heil von dem Staate erwartet — freilich vergeblich; denn der Letztere kann, selbst abgesehen von der chronischen Krankheit der Budgets, von welcher kaum ein modernes Staatswesen frei zu sein scheint, dem Beamtenthum nicht mehr dieselbe Sorge zuwenden, wie früher, weil er ein Interesse daran hat, an Stelle des Beamtenthums andere Factoren an der Staatsverwaltung Theil nehmen zu lassen.

Deshalb darf bei den Versuchen zur Lösung der socialen Frage innerhalb des Beamtenthums die Staatshilfe nicht mehr als das einzige Schiboleth angesehen werden, in dessen Besitz nur eine energielose Passivität, wie sie freilich in diesen Kreisen als Folge steter Gängelung und Bevormundung häufig zu finden ist, sich beruhigt fühlt; es muß vielmehr statt des Zuwartens und statt des Antichambrirens mit Petitionen in Ministerhotels oder bei den

gesetzgebenden Versammlungen der Weg der Selbsthülfe beschritten werden, welchen die großen Principien der Association, der Vereinigung zu gemeinsamer Production und zur Gewinnung neuer Werthe, neuer Hülfsmittel gegen das sociale Elend vorzeichnen.

Nur auf diesem Wege kann dem Verlusste vorgebeugt werden, welcher durch die Zersplitterung der im Einzelnen unproductiv bleibenden Kräfte entsteht, nur auf diese Weise die schneidende Dissonanz ausgeglichen werden, welche zwischen der Staatsbesoldung, die nur das unbedingt Nothwendige berücksichtigen kann, und der Höhe der Anforderungen des Lebens, deren Erfüllung erst ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht, sich fühlbar macht. Wer diese Dissonanz recht begreifen will, der sehe sich die vor wenigen Tagen gemeldeten Gehaltserhöhungen an, welche in einzelnen thüringischen Staaten den Gerichtsactuarien, Männern von juristischer Bildung, und den Accessisten zu Theil geworden sind, und welche eine Besoldung „completiren“, mit der ein gewöhnlicher Tagelöhner auszukommen heutzutage sich weigert.

Was für Erfolge auf dem bezeichneten Wege der Selbsthülfe und der Association auch in Beamtenkreisen sich erreichen lassen, beweist die Wirksamkeit des ersten allgemeinen Beamten-Vereins der österreichisch-ungarischen Monarchie, welcher, im Jahre 1864 für Deutsch-Oesterreich begründet und seit 1868 auch auf Ungarn ausgedehnt, sich zur Aufgabe gemacht hat, die materiellen, geistigen und socialen Interessen des Beamtenstandes der Monarchie auf den Grundlagen der Selbsthülfe und Gegenseitigkeit zu wahren und zu fördern. Der Verein schließt jede Gewinnvertheilung an Actionäre aus und äußert seine Thätigkeit für die Mitglieder in Erkrankungsfällen durch Ertheilung von Unterstützungsgeldern, sowie durch Vermittelung ärztlicher Hülfe, ferner für den Todesfall durch Versicherung von Capitalien, nicht minder auch für die Altersversorgung durch Renten-Versicherungen und Gewährung von Invaliditäts-Pensionen, endlich durch Entgegennahme von Spareinlagen und Ertheilung von Vorschüssen, sowie durch Unterbringung der Mitglieder in geeigneten Dienststellungen. Diese Wirksamkeit vereinigt in sehr glücklicher Weise die Sorge für das materielle Gedeihen, für die wirtschaftliche Prosperität des Beamtenstandes mit der Verfolgung humanitärer Zwecke; sie schließt selbst ideale Interessen nicht aus, indem der Verein nicht bloß Stipendien zu Studien ertheilt, sondern auch den Mitgliedern durch Herausgabe einer eigenen Zeitschrift eine Revue über bedeutende Erfindungen, wichtige Culturbestrebungen u. s. w. liefert. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug beim Beginn des vorigen Jahres 16,130; Wien ist der Sitz des Verwaltungsrathes, dem zur Zeit Carl Friedrich Fellmann Ritter von Norwill präsidiert; an 59 Orten Oesterreich-Ungarns befinden sich Local-Aussschüsse, welche im engeren Kreise das genossenschaftliche Leben der Beamenschaft fördern und zur Ausbreitung des Vereins wesentlich beigetragen haben. Es ist von hohem Interesse, die Resultate der Vereinsthätigkeit in dem Rahmen der Statistik zu verfolgen. Ende des Jahres 1870 waren beispielsweise 8552 Lebens- und Renten-Versicherungs-Verträge mit 7,101,198 Gulden Capital und 18,538 Gulden Rente in Kraft (im Jahre 1865 nur 442,400 fl. Capital-Versicherung); 89 Versicherungen wurden durch Zahlung der Capitalien oder Renten abgemittelt. Die Spareinlagen beliefen sich am 31. December 1870 auf 418,143 Gulden, die Gesamt-Einnahme der Vorschuß-Abtheilung betrug 720,555 Gulden, wovon 647,592 Gulden Vorschüsse gegeben worden sind. Der Unterrichtsfonds weist eine Verwendung

von 7873 Gulden nach, die Krankengeld-Versicherung eine Ausgabe von 1732 Gulden zu Heilzwecken.

Solche Resultate geben die besten Fingerzeige zur Lösung der socialen Frage innerhalb des Beamtenthums. Allerdings mag bei der Lage der Valuten- und Budget-Verhältnisse in Oesterreich die Nothwendigkeit der Abhülfe auf dem Associationswegen sich auf das Dringendste geltend gemacht haben. Allein auch in Nord- und Süddeutschland ist die Frage eine brennende. Man braucht nur in die Beilagen der Zeitungen zu blicken, in denen das widerwärtige Unkraut wucherischer Annoncen sein Wesen treibt; sie wimmeln von dem Köder, der bedrängten Beamten, Familienvätern namentlich, hingeworfen wird, um diese Opfer trauriger Verhältnisse durch systematische Ausbeutung ins Verderben zu bringen. Fälle, wie der folgende, gehören in Norddeutschland nicht zu den Seltenheiten: Ein Beamter war in Folge eines in seiner Familie eingetretenen Todesfalles gezwungen, ein Capital von 80 fl. aufzunehmen; er erlangte es mit Hülfe solcher Annoncen gegen monatliche Kündigung. Nach Verlauf von 10 Monaten, während welcher Zeit die Rückzahlung des Geldes, aller Einschränkungen und Entbehrungen ungeachtet, nicht möglich gewesen war, hatte der Gläubiger durch fortgesetzte Kündigungen von dem Schuldner bereits eine Obligation über 200 Gulden erpreßt. Bei schließlicher Verhandlung der Sache vor Gericht mußte der Richter den Schuldner zur Zahlung weiterer 190 Gulden nebst 6 Procent Zinsen verurtheilen. Die 80 Gulden waren in zehn Monaten zu 310 Gulden Schuld angewachsen. Alle sittliche Entrüstung ist in solchen Fällen machtlos. Der Beamte war verloren, mit ihm die Familie.

Gegenüber diesem Nothstande ganzer Bevölkerungsclassen, deren Integrität für das öffentliche und Staatsinteresse immerhin von nicht zu unterschätzendem Werthe ist, muß es freudig begrüßt werden, daß in Norddeutschland zuerst die Reichs-Postverwaltung die Initiative dazu ergriffen hat, die Principien der Association und Selbsthülfe im Kreise der Reichs-Postbeamten zur Förderung des materiellen Wohles derselben in Anwendung zu bringen. Nachdem schon früher die Lebens-Versicherung unter den Post-Unterbeamten durch Gewährung von Zuschüssen aus Staatsfonds und später unter den Beamten durch Verträge mit den Versicherungs-Gesellschaften wesentlich erleichtert worden war, regte das Reichs-Generalpostamt im Januar dieses Jahres bei den Postbeamten die Gründung von Spar- und Vorschußvereinen an, welche die Aufgabe erfüllen sollen: Ersparnisse der Mitglieder anzunehmen und zu verzinsen, aus den angesammelten Capitalien an bedürftige Mitglieder Vorschüsse zu gewähren, deren Rückzahlung in kleineren Beträgen statthast ist. Diese Anregung ging von der richtigen Erkenntniß aus, daß die genossenschaftliche Fürsorge gerade bei der großen Zahl der Postbeamten eine gedeihliche Wirkung zu erzielen im Stande ist. Durch die amtliche Anregung der Selbsthülfe in Beamtentreisen, welche, eingeschüchtert durch mancherlei Erfahrungen, schwer zu genossenschaftlichem Auftreten zu bringen sind, gab die Postbehörde zugleich ein schönes Beispiel vorurtheilsfreier Humanität. Man hat ihr vorgeworfen, daß die Vereine, welche im Monat März bereits die Anzahl von 30 erreicht hatten, durch Einführung eines Normalstatuts der freien Selbstbestimmung und Selbstverwaltung entzogen, auch durch — die im Interesse der Geschäftserleichterung erfolgte — Einsetzung des Bezirks-Oberpostdirectors als jedesmaligen Vorstandes in den Rahmen amtlicher Controle eingezwängt seien. Diese Anführungen sind jedoch unbegründet; denn es ist einem jeden Vereine das Recht eingeräumt, das Normal-

statut durch die Generalversammlung selbständig feststellen und nach Umständen abändern zu lassen; auch ist die Verwaltung der Vereine eine durchaus autonome, von der obersten Postbehörde unabhängige, welche letztere ihrerseits das Gedeihen der Einrichtung auf jede mögliche Weise zu fördern sucht. Die Gesamtzahl der Postbeamten, welche den für jeden Ober-Postdirections-Bezirk besonders errichteten Vereinen beigetreten sind, beträgt bereits mehr als 8000; die Beträge der Spareinlagen belaufen sich an ordentlichen (d. i. fortlaufenden) Beiträgen auf mehr als 7000 Thaler monatlich, während die außerordentlichen (d. i. einmaligen) Beiträge die Höhe von circa 10,000 Thalern erreicht haben. Der Zinsfuß für die Spareinlagen beträgt $3\frac{1}{3}$ Procent, derjenige für Vorschüsse 5 bis $6\frac{2}{3}$ Procent. Neuerdings sind die Fonds der Vereine sehr zweckmäßig zur Anschaffung von Nähmaschinen für die Familien der Mitglieder verwandt worden; letztere können den Preis für die gefauste Maschine in monatlichen Abschlagszahlungen an den Verein berichtigen. Die Gewährung von Vorschüssen unter billigen Rückzahlungsbedingungen hat sich als ein vielfach benutztes Mittel zur Ueberwindung augenblicklicher Noth und Bedrängniß, wie solche bei gering besoldeten Beamten nur zu oft vorkommt, erwiesen; eine zahlreiche, ehrenwerthe Classe von Staatsbürgern ist in den Stand gesetzt, sich den Händen gewissenloser Wucherer entziehen zu können. In Krankheitsfällen bietet der Verein den Mitgliedern die Mittel für Pflege und Heilung. Alle diese Einrichtungen, welche das ganze Gebiet der Reichspost umfassen, sind ohne jede Ostentation und mit derjenigen Schnelligkeit ins Werk gesetzt worden, welche alle Reformmaßregeln der obersten Postbehörde Deutschlands auszeichnet. Die Territorial-Verwaltungen in Württemberg und vielleicht auch in Bayern werden nach dem Vorgange der Reichspost, wie verlautet, die Organisation für ihre Verwaltungs-Bezirke ebenfalls ins Werk setzen. Dagegen regt sich in den sonstigen Beamtenkreisen der deutschen Staaten noch keine Hand; mit der alten Lethargie treibt man die Politik des Zuwartens, hofft auf die Staatshülfe, und lebt von der Hand in den Mund. Dem stagnirenden Einflusse solcher traditionellen Resignation gegenüber kann das von der Reichs-Postverwaltung gegebene Beispiel nicht laut genug hervorgehoben werden. Die von ihr ins Leben gerufenen Vereine werden bald sich zum Range wirtschaftlicher Mächte aufgeschwungen haben, die ein erfreuliches Gedeihen der Verhältnisse des Postbeamtenstandes garantiren. Möge die deutsche Beamtenwelt diesem Beispiele folgen!

G. L.

Mit **Nr. 27** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** des In- und Auslandes zu beziehen ist.

Leipzig, im Juni 1872.

Die Verlagsbuchhandlung.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Hans Blum.

Verlag von **F. L. Herbig**. — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.